Nummer 237

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

64. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9 gespaltene Zeile 1,30 Mk. Reklameteil 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender Deutsche Lebensvers.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Sonntag, 25. Mai 1919 | Fernsprecher der Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Clemenceaus Note über die Wirtschaftsbedingungen.

Deutschland darf nicht unversehrt bleiben.

Versailles, 23. Mai.

Die deutsche Friedensdelegation hat am 22. Mai abends nachstehende Note erhalten:

Herr Präsident!

I. Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Bericht der durch die deutsche Regierung zur Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages eingesetzten Kommission erhalten und sorgfältig geprüft. Dieser Bericht scheint ihnen eine sehr unzureichende Darstellung der Tatsachen zu geben, an gewissen Stellen starke Uebertreibungen aufzuweisen und die grundlegenden Prinzipien zu verkennen, die sich aus den Ursachen des Krieges und aus seinem Ausgang ergeben und welche die aufzuerlegenden Bedingungen erklären und rechtfertigen.

II. Die deutsche Note erklärt einleitend, daß die industriellen Kraftquellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung des Bedarfes einer Bevölkerung von 67 000 000 Einwohnern nicht genügten, und sie stellt es so dar, als entspräche diese Ziffer der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit verminderten Kraftquellen auch in Zukunft weiter sorgen muß. Das ist nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa 6 000 000 Seelen verringert werden, die zu nichtdeutschen Gebieten gehören und die man zu desannektieren beabsichtigt. Es sind die Bedürfnisse dieser verminderten Bevölkerung, die wir berufen sind zu prüfen.

III. Die deutsche Note klagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelstonnage sowie ein Prioritätsrecht auf seine Schiffsbauten während einer bestimmten Anzahl von Jahren verlangt. Die Note erwähnt jedoch nicht, daß man Deutschland einen wichtigen Teil seiner kleinen Handelsschiffe unversehrt überläßt. Die Vertreter Deutschlands scheinen vollständig übersehen zu haben, daß das Opfer seiner großen Handelsschiffe die unvermeidlich notwendige Sühne bildet, die ihm auferlegt wird, weil es in den letzten zwei Jahren des Krieges allem Brauch und allen Gesetzen zum Hohn einen

erbarmungslosen Feldzug gegen die Handelsflotte der Welt

geführt hat. Als teilweisen Ersatz der 12 750 000 versenkten Tonnen beabsichtigt man 4 000 000 Tonnen deutscher Schiffe zu übertragen; mit anderen Worten, die Schiffe, die man Deutschland wegzunehmen beabsichtigt, stellen weniger als den dritten Teil der Tonnage dar, die auf diese nicht zu rechtfertigende Weise zerstört worden ist. Das Defizit an Handelstonnage der ganzen Welt ist das Ergebnis nicht der Friedensbedingungen, sondern der Haltung Deutschlands; man kann sich vernünftigerweise nicht wundern, daß man von Deutschland verlangt, seinen Teil — dieser Teil ist sehr bescheiden — an den Verlusten zu übernehmen, die es durch seine verbrecherischen Handlungen verursacht hat.

IV. Die Note betont nachdrücklichst die Absicht, Deutschland

im Osten

Gebiete zu entziehen, die besonders für die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen. Das ist richtig, aber sie bemerkt nicht, daß nichts in dem Friedensvertrag die Fortsetzung dieser Art von Bodenkultur in den betreffenden Gegenden oder die Einfuhr dieser Erzeugnisse nach Deutschland verbietet. Im Gegenteil ist die Zollfreiheit dieser Erzeugnisse aus den Ostgebieten für eine Dauer von drei Jahren vorgesehen, außerdem ist es ein Glück für Deutschland, daß diese Gegenden nichts von ihrer Produktivität infolge von Kriegsverheerungen verloren haben. Sie sind dem entsetzlichen Schicksal entgangen, das die deutschen Armeen den entsprechenden Gebieten Belgiens und Frankreichs im Westen, Polens, Rußlands, Rumäniens und Serbiens im Osten auferlegt haben. Es liegt offenbar kein Grund dafür vor, weshalb ihre Erzeugnisse nicht weiter auf deutschem Gebiet Absatz finden sollten.

V. In der Note wird besonderer Nachdruck auf die beabsichtigten Einschränkungen betreffend die

Einfuhr von Phosphaten

gelegt. Es wird jedoch außer acht gelassen, daß Deutschland die Phosphate, deren es bedarf, niemals erzeugt, sondern stets eingeführt hat. Ferner findet sich in dem Wortlaut des Friedensvertrages keine Bestimmung, die in Zukunft die Einfuhr von Phosphaten nach Deutschland verbietet oder verhindert. Andere Länder, die keine Phosphate erzeugen, sind gleichfalls gezwungen, sie einzuführen, desgleichen viele andere Erzeugnisse, die aus dem Auslande kommen; der Unterschied zwischen den beiden Situationen wird allein gebildet durch den jeweiligen Grad des Reichtums oder der Armut der betreffenden Länder.

VI. Die deutsche Note beschwert sich ganz besonders darüber, daß man

Deutschland seine Kohle wegnehme,

und behauptet, daß Deutschland fast ein Drittel der Erzeugung der bestehenden Kohlengruben verliere, aber sie unterläßt es zu bemerken, das ein Viertel des deutschen Kohlenverbrauchs vor dem Kriege in den Gebieten stattfand, deren Uebertragung jetzt beabsichtigt ist. Außerdem vergißt sie die Erzeugung der Braunkohle zu erwähnen, die für Deutschland jährlich vor dem Kriege 80 Millionen Tonnen betrug, von denen nichts aus diesen übertragenen Gebieten stammt. Es wird auch nicht die Tatsache berücksichtigt, daß die Kohlenerzeugung der nicht übertragenen Gebiete vor dem Kriege rasch stieg; es besteht kein Grund zu bezweifeln, daß diese Steigerung sich in Zukunft bei sachgemäßer Ausbeutung fortsetzen wird.

VII. Aber muß nicht die Kohlenfrage unter anderen und zwar weiteren Gesichtspunkten betrachtet werden? Es darf nicht vergessen werden, daß zu den unberechtigten Verheerungen, die die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben, die fast vollständige Zerstörung der Kohlenschächte in Nordfrankreich zählt. Eine ganze Industrie ist mit Vorbedacht und Wildheit vernichtet worden, und es werden Jahre nötig sein, um sie wieder ins Leben zu rufen. Die Folge davon ist ein langwährender und ernster Mangel an Kohle in Westeuropa. Es gibt gerechterweise keinen Grund dafür, daß die Folgen dieses Mangels ausschließlich von den alliierten Ländern getragen werden, die die Opfer davon waren, oder dafür, daß Deutschland, welches mutwillig dieses Defizit verschuldet hat, es nicht im vollen Maße seiner Kräfte ausgleicht.

VIII. Die Note hebt ebenfalls die Schwierigkeiten hervor, die für Deutschland dadurch verursacht werden, daß es in Zukunft

Eisenerze und Zinn

einzuführen genötigt ist. Man versteht nicht, warum Deutschland unter Verhältnissen leiden sollte, denen sich andere Länder gutwillig unterwerfen müssen. Es wäre ein grundsätzlicher Irrtum, zu glauben, daß es notwendig ist, die politische Souveränität aufzuheben, um sich in einem Lande einen angemessenen Prozentsatz der Erzeugung zu sichern, eine solche Anschauung beruht auf keinem wirtschaftlichen oder historischen Gesetze.

IX. Die alliierten und assoziierten Mächte können die rein spekulativen Betrachtungen nicht anerkennen, die die deutsche Note bezüglich der

Zukunft der deutschen Industrie im allgemeinen

enthält. Diese Betrachtungen erscheinen ihnen als durch offenbare Uebertreibungen gekennzeichnet und entstellt. Die Tatsache wird nicht berücksichtigt, daß die wirtschaftliche Katastrophe, die der Krieg verursacht hat, sehr ausgedehnt ist und sich sogar auf die ganze Welt erstreckt. Alle Länder werden darunter zu leiden haben. Es gibt keinen Grund dafür, daß Deutschland, das die Schuld am Kriege trägt, nicht ebenfalls darunter leiden soll!

X. Desgleichen kann man, was die künftige Bevölkerung betrifft, den Angaben der deutschen Note keinen Glauben schenken. Ferner versucht diese zu beweisen, daß die

Auswanderung aus Deutschland

notwendig sein wird, aber daß wenige Länder diese Auswanderer aufnehmen werden. Sie versucht auch nachzuweisen, daß eine Menge von Deutschen in ihr Geburtsland zurückkehren werden, um dort unter Bedingungen zu leben, die man schon jetzt als unerträglich hingestellt hat. Es wäre unrichtig, zu viel Gewicht auf die eine oder die andere dieser Mutmaßungen zu legen.

XI. Schließlich behauptet die deutsche Note leichtfertig, daß die Friedensbedingungen logischer Weise den

Tod mehrerer Millionen von Menschen

in Deutschland außer denen nach sich ziehen würden, die im Kriege gestorben sind oder die man als Opfer der Blockade hinstellt. Man könnte mit sehr großem Recht den infolge des Krieges durch Deutschland erlittenen Verlusten, die noch viel beträchtlicheren Verluste entgegenstellen, die den alliierten Ländern durch Deutschlands Angriff und durch seine Kriegführung zugefügt wurden, Verluste, die unauslöschliche Spuren bei der männlichen Bevölkerung Europas hinterlassen haben. Andererseits beruhen die Zahlen der Verluste, die durch unsere Blockade angeblich verursacht worden sind, auf reinen Hypothesen. Die deutsche Schätzung der künftigen Verluste kann nur dann anerkannt werden, wenn man die Voraussetzungen anerkennt, auf deren Grundlage sie nach der deutschen Behauptung beruhen. Aber diese Voraussetzungen sind vollkommen irrtümlich, es liegt nicht der mindeste Anlaß vor, zu glauben, daß eine Bevölkerung zu dauernder Unfähigkeit verurteilt ist, weil sie in Zukunft Handel mit ihren Nachbarn treiben muß, anstatt selbst das zu erzeugen, was sie bedarf. Ein Land kann gleichzeitig ein großes Industrieland werden und bleiben, ohne selbst die Rohstoffe zu erzeugen, die für seine Hauptindustrien notwendig sind. Das ist z. B. der Fall bei Großbritannien, das mindestens die Hälfte seiner Lebensmittelerzeugnisse und den größten Teil seiner Rohstoffe einführt. Unter diesem neuen Regime kann nichts Deutschland daran hindern, sich eine feste und gedeihliche Stellung in Europa zu verschaffen. Seine Gebiete haben während des Krieges weniger gelitten als die irgendeines anderen kriegführenden europäischen Staates. Sie haben tatsächlich weder Plünderungen noch Verwüstungen erlitten, die unversehrten Kraftquellen, die ihm in Verbindung mit seiner Einfuhr bleiben, müssen seiner Wiederherstellung und seiner Entwicklung genügen.

XII. Die deutsche Antwort berücksichtigt auch nicht die großen Erleichterungen, die Deutschland für seine Wiederherstellungsbestrebungen durch die

zwangsweise Einschränkung seiner künftigen militärischen Rüstungen

genießen wird. Hunderttausende seiner Einwohner, welche sich bisher entweder in der Vorbereitung des Krieges oder an der Erzeugung von Zerstörungswerkzeugen betätigten, werden nunmehr für friedliche Arbeiten verfügbar sowie für die Entwicklung der industriellen Erzeugung des Landes. Kein anderes Ergebnis könnte dem deutschen Volke mehr Genugtuung verschaffen.

XIII. Aber die erste Bedingung für diese Wiederherstellung scheint zu sein, daß Deutschland die gegenwärtige Weltlage erkennt, an deren Schaffung es zum größten Teile beteiligt war. Es muß einsehen, daß es nicht unversehrt (indemne) bleiben darf. In der ungeheuren Katastrophe, die über die Welt hineingebrochen ist, ist der für Deutschland bestimmte Anteil von den siegreichen Mächten nicht nach Deutschlands Verschulden, sondern nur nach seinen Kräften bemessen worden. Alle Nationen Europas haben Verluste erlitten und werden lange noch Lasten tragen müssen, die für sie fast zu schwer sind. Diese Lasten und diese Verluste sind ihnen durch den Angriff Deutschlands auferlegt worden. Es ist gerecht, daß Deutschland, als die Ursache dieses Unglücks, es nach dem vollen Maße seiner Mittel wieder gut mache. Seine Leiden werden nicht aus den Friedensbedingungen entstehen, sondern aus den Handlungen jener, die den Krieg verursacht und verlängert haben. Die Urheber des Krieges können seinen gerechten Folgen nicht entgehen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Clemenceau.

•

Versailles, 24. Mai.

Die Antwort Clemenceaus auf die deutsche Note bezüglich der wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages für Deutschland scheint einer Äußerung des „Homme Libre" zufolge von Clemenceau persönlich abgefaßt zu sein. Das Blatt schreibt, man erkenne die Feder Clemenceaus, der das preußische Manöver und die Übertreibungen zerreiße und sie auf ihren wahren Wert zurückführe. Es sei mehr ein Urteil als eine Antwort. „Oeuvre" meint, die Note müsse Deutschland beweisen, daß die Entente unerschütterlich entschlossen sei, ihre Bedingungen zu diktieren. Es frage sich nur, ob die Bedingungen durchführbar seien. „Humanité" findet, daß die Note im Tone eines Artikels Clemenceaus im „Homme Enchainé" gehalten sei. Clemenceaus Kabinettschef Mandel habe seinen Herrn wohl vor der Abfassung der Note recht zum Lachen bringen müssen, damit Clemenceau diese Note einer fröhlichen Diplomatie derart abfassen konnte.

Warnung.

Der Abgeordnete Paul Mistral, Mitglied der internationalen Kommission, die demnächst im Auftrage des internationalen Sozialistischen Bureaus eine Studienreise durch Deutschland unternehmen soll, läßt in der „Humanité" seinen Gefühlen der Enttäuschung, die der Friedensvorschlag der Alliierten in ihm erweckt hat, freien Lauf. In vernünftigen Worten, die von freiheitlicher Lebensanschauung, politischem Weitblick und wahrer Menschlichkeit getragen sind, unterzieht er die einzelnen barbarischen Arten der Fesselung Deutschlands einer schonungslosen Kritik. Die „Freiheit" knüpft an die Wiedergabe des hervorragendsten Teils des Mistralschen Artikels einen Angriff gegen die deutsche Mehrheitssozialdemokratie, der sie vorwirft, sie habe zu Unrecht die französische Sozialdemokratie der Lauheit in der Bekämpfung des Clemenceau-Programms bezichtigt. Uns interessiert es in diesem Augenblick weniger, ob und wie die Mehrheitspartei auf den Vorwurf reagiert — wir registrieren die Tatsache nur als neuen Beweis dafür, daß die Presse der Unabhängigen jede Gelegenheit und jedes Mittel benutzt, um den Massen die Meinung zu suggerieren, auch jenseits des Rheins seien die breitesten Schichten der Bevölkerung der alliierten Länder unter der Leitung weithin gehörter Führer der Überzeugung, daß die Bedingungen der Entente sich nicht mit den Gesetzen der Menschlichkeit vertrügen und daß sie der alliierten Völker unwürdig seien. Dadurch, daß die Presse der Unabhängigen in der Behandlung dieser Angelegenheit sich fast ausschließlich auf die Wiedergabe von feindlichen Pressestimmen, Beschlüssen feindlicher Körperschaften und Kundgebungen beschränkt, die sich in diesem Fahrwasser halten, steigert sie in ihrer, ohne Zweifel von Tag zu Tag wachsenden Leserschaft die Hoffnung auf die bevorstehende, alles zertrümmernde, alles befreiende Weltrevolution zur Gewißheit. Sie treibt Agitation, indem sie einen Optimismus nährt, der bei näherer Betrachtung alle Grundlagen verliert.

Überfliegt der Laie das inhaltreiche und bunte Nachrichtenmaterial, das ihm die Zeitungen gerade in den letzten Wochen und Tagen über die Haltung der Welt zur Friedensfrage geboten haben, so könnte er in der Tat der Vermutung Raum geben, daß eine Welle des Besinnens und der dämmernden Einsicht über die Völker hinweggehe, eine Welle, die in Kundgebungen, Zeitungsaufsätzen und hie und da in Gewalttätigkeiten zum Vorschein kommt. Aber es ist geraten, sich allen derartigen Nachrichten gegenüber vorläufig skeptisch zu verhalten. Gewiß: „Manchester Guardian", „Daily News" und „Humanité", Namen, die gerade in der Zeitungswelt und in der Öffentlichkeit von gutem Klang sind, erheben ihre Stimme gegen die Vernichtung Deutschlands, gegen die Fortsetzung der schuldbeladenen Geheimdiplomatie, gegen die Vorbereitungen zu einem Triumph des Herrentums, wie ihn das Zeitalter der Sklaverei noch nicht gesehen hat. Auch ist die Bedeutung von Ereignissen wie des Rücktritts der amerikanischen Friedensdelegation nicht zu verkennen, wenn auch gerade wieder im Anschluß an diese Tatsache, der ein gewisser symptomatischer Wert nicht abgesprochen werden kann, vor überschwenglichen Hoffnungen gewarnt werden muß; es ist sicher, daß Wilson erst nach schwerem Kampf und, nachdem ihm alle Auswege verlegt waren, unterlegen ist. Meutereien in den feindlichen Armeen mögen ab und zu aufflackern, die rote Fahne mag ein paar Stunden lang auf einer Fabrik oder gar auf einer Kaserne flattern. Aber genügt das alles schon, um zu hoffen, daß der allein lebenskräftige und aktionsfähige Teil der feindlichen Völker auf Seiten der Menschlichkeit des gedemütigten deutschen Volkes stehe? Was die Arbeit der sozialdemokratischen Presse Frankreichs und Englands anbetrifft, so ist diese gewiß nicht zu unterschätzen. Es muß aber auch bedacht werden, daß die in den neutralen Ländern arbeitenden Telegraphenagenturen gerade an den humanitätsfreundlichen Kundgebungen dieser Zeitungen das größte Interesse haben und sie deshalb mit Bevorzugungen an die deutsche Öffentlichkeit weitergeben. Wir wollen nicht vergessen, daß die „Humanité" fast allein im Kampfe gegen eine riesige Übermacht von Zeitungen steht, die die willfährigen Verkünder von Clemenceaus seltsamer Heilslehre sind; sie beherrschen die Öffentlichkeit Frankreichs, nicht die „Humanité", und es wäre falsch zu glauben, daß die Mehrheit der feindlichen Völker lieber kühlen Reflexionen über Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Clemenceau-Friedens nachhinge, als daß sie sich der befreiten Freude des Siegers, der Vorbereitung von Triumphfesten, hingäbe. Das bedrückende Gefühl, mit der Möglichkeit einer endgültigen Niederlage rechnen zu müssen, ist zu schnell von den Menschen der Ententereiche gewichen, als daß man ihnen die naive Freude vom Siege auch nur verübeln könnte. In diesem Sinne ist es falsch, wenn die deutschen Radikalen der französischen Sozialdemokratie einen wachsenden Einfluß auf die Entscheidung des Weltgeschickes zusprechen. Auch die feindlichen Friedensdelegierten werden sich über die Stimmung in ihren Völkern dauernd auf dem Laufenden halten lassen, und aus den Noten, die Clemenceau den deutschen Vorschlägen Tag für Tag rasch, ohne einzulenken und ohne nachzugeben, entgegenwirft, spricht nach wie vor das Bewußtsein einer Macht, die eben nur auf dem uneingeschränkten Vertrauen einer gewaltigen Mehrheit der Ententevölker begründet sein kann.

Auf demselben Blatt trügerischer und gefährlicher Hoffnungen steht auch das von der deutschen Öffentlichkeit mit Eifer propagierte Bestreben einer kleinen Gruppe deutscher Politiker und Publizisten nach Verständigung mit Frankreich um jeden Preis. Um jeden Preis! Der mehrheitssozialistische Führer

Umtriebe u. Gewaltakte in der Pfalz.

Berlin, 24. Mai.

In Landau in der Pfalz wurden am 19. Mai Flugblätter und Plakate gedruckt, in denen zur Proklamation der neutralen Republik Pfalz aufgefordert wurde. Die Verteilung der hochverräterischen Flugblätter wurde von deutscher Seite verboten. Die bereits angeschlagenen Plakate wollte der Landauer Bürgermeister Mahla wieder entfernen lassen, was ihm jedoch von den Franzosen untersagt wurde. Am 21. Mai wurden die Führer der Bewegung, der Chemiker Kaas, der Industrielle Schenk und der Kaufmann Hofer, durch den Staatsanwalt verhaftet, kurz darauf aber von den französischen Militärbehörden wieder in Freiheit gesetzt, die nun ihrerseits den Staatsanwalt, den Amtsrichter und den Bürgermeister von Landau festnahmen. Die Staatsanwaltschaftsakten wurden von den Franzosen beschlagnahmt. Am 22 Mai früh wurde der Landauer Bürgermeister Mahla über den Rhein abgeschoben. Gegen alle diese politischen Umtriebe und Gewaltakte der feindlichen Militärbehörden hat Reichsminister Erzberger am 23. Mai angeordnet, in Spaa Protest einzulegen und Aufklärung zu verlangen. Auch die inzwischen gemeldete Absetzung des Pfälzer Regierungspräsidenten von Winterstein, falls sie sich bestätigen sollte, und das Vorgehen des Generals Gerard gegen die deutschlandtreuen Beamten der Pfalz wird den Gegenstand energischer deutscher Schritte bilden.

Polnischer Uebergriff.

Berlin, 24. Mai.

Amtlich.

Der Oberste polnische Volksrat in Posen hat, wie jetzt bekannt wird, unter dem 15. Mai einen Aufruf an die Bevölkerung der Gebiete erlassen, die nach dem von der Entente aufgestellten Entwurf eines Friedensvertrages dem polnischen Staate zugeteilt werden sollen. In diesem Aufrufe wird von Teilen des preußischen Staates als von polnischen Landesteilen gesprochen, die bisher noch nicht vom polnischen Heere besetzt sind, und es wird an die Bewohner dieser Landesteile nicht nur eine Warnung vor Akten von Gewalt, Widersetzung, Ungehorsam usw. erteilt, sondern es wird auch eine Bestrafung nach Kriegsrecht angedroht.

Die Preußische Staatsregierung weist diesen Aufruf als einen unerhörten Uebergriff energisch zurück. Die Gebiete, die er im Auge hat, sind Teile des preußischen Staates, ihre Bewohner sind preußische Staatsbürger, die von keiner fremden Stelle aus Warnungen oder Strafandrohungen entgegenzunehmen haben. Das sogenannte Urteil der Friedenskonferenz, auf das sich diese fremde Stelle als Rechtstitel für ihren Uebergriff beruft, ist nichts als ein einseitiger Vorschlag einer Partei, dem jede Rechtsverbindlichkeit fehlt. Die Preußische Staatsregierung fordert ihre Mitbürger auf, sich nur nach den vorstehend von ihr aufgestellten Grundsätzen zu richten.

Kleine Nachrichten.

Am Sonnabend nachmittag hat um 4 Uhr eine Kabinettssitzung begonnen, die bis in die späten Abendstunden andauerte.

•

Die sächsische Regierung hat Finanzrat Dr. Leiser nach Berlin gesandt, wo er an der Aufstellung des Reichssteuerplanes, ferner an der Abgrenzung der Steuerhoheit der Einzelstaaten und an der Ausarbeitung der Steuern selbst mitwirken soll.

•

Nachdem die Vorverhandlungen über die Begründung einer Verwaltungsakademie zu Berlin abgeschlossen sind, hat Reichsminister a. D. Schiffer den Vorsitz des Gesamtvorstandes der Akademie übernommen.

•

Vertreter niederrheinischer Städte beschlossen unter belgischer Mitwirkung die Gründung einer Niederrheinischen Genossenschaft für den Bau des Rhein-Maas-Schelde-Kanals. Der Kanal soll von Antwerpen durch Limburg bis Geilenkirchen und weiter über München-Gladbach und Neuß zum Rhein geführt werden.

•

Die „New York Times" meldet, daß die amerikanische Handels-Korporation mit einem Kapital von 20 Millionen den Handelsverkehr im nahen Osten organisiert. Mittelpunkt des Verkehrs wird Konstantinopel sein, und in Smyrna, Syrien und am Schwarzen Meer werden Zweigstellen errichtet.

•

Wie das Radiobureau aus New-York meldet, wird der Senator King dem Senat einen Antrag unterbreiten, in dem gefordert wird, daß die Vereinigten Staaten die Regierung Koltschaks anerkennen und Martens und seine Anhänger vom russischen Sowjetbureau ausweisen.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Sonntag, 25. Mai

Opernhaus. Mittags 11½ Uhr: Mittags-Vorstell. zugunsten des Vereins Berliner Presse: Die Walküre 1. u. 2. Akt. Abends 7 Uhr: Der Wildschütz.

Schauspielhaus. Nachm. 2 Uhr: 17. Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen: Die Kreuzelschreiber. Abds. 7 Uhr: Coriolan.

Direkt.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** Aufführung für Das junge Deutschland: 12 Uhr: Hiob. Hierauf Der brennende Dornenbusch. 7 Uhr: Hamlet.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Dir.: Victor Barnowsky. **Lessing-Theater.** 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. 7½ Uhr: Liebe.

Deutsches Künstler-Th. 3 Uhr: Mein Nachbar Ameise. 7½ Uhr: Das Schloß am Wannsee.

Dir. Meinhard-Bernauer. **Theater i. d. Königgr. Str.** 3 Uhr: Fünf Frankfurter. 7 Uhr: Der Biberpelz.

Komödienhaus. 3 Uhr: Die Ehre. ½8 Uhr: Der Feldherrenhügel.

Berliner Theater. 3 Uhr: Die tolle Komteß. 7 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Volksb.-Th. a. Bülow-Pl. 3 Uhr: Die Heirat. 7½ Uhr: Penthesilea.

Residenz-Theater. 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 7½ U.: Der gute Ruf.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: D. Schönste von allen.

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Die Fledermaus.

Friedrich-Wilhelmst. Th. 3 U.: D. Dreimäderlhaus. 7½ Uhr: Das Dorf ohne Glocke.

Kleines Theater. 3½ U.: D. Neuvermählten. 7½ Uhr: Kümmelblättchen.

Komische Oper. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7¾ Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater. 3 Uhr: Wiener Blut. 7 Uhr 10 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater. 7½ Uhr: Die G'schamige. Die Frau ohne Beruf. Haupttreffer 33. Der Einbrecher.

Schiller-Theater Charl. 3 Uhr: Ein Volksfeind. 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater. 3 U.: Polnische Wirtschaft. 7¼ Uhr: Zur wilden Hummel.

Theater a. Nollendorfpl. 3½ U.: Der Juxbaron. 7 Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt 7½ Uhr: Meyer's.